

# Die Treverer



**Grüner Rundbrief für Trier und Trier-Saarburg  
Mai 2007**

Hg. Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Trier-Saarburg



*Das Klima wird rau(h)er:  
Schwimmt unser Kreisverband bald führungslos auf hoher See?*

## Steuerfraulos?

Die Wahlperiode unseres Kreisvorstands neigt sich dem Ende entgegen. Und das in politisch recht aufregenden Zeiten. Die Klimafrage beherrscht weiterhin die Schlagzeilen und die Debatten auf allen politischen Ebenen. Die Grünen sind über den Tornado-Einsatz in Afghanistan gespalten. In der Sachpolitik dominiert unter kommunalpolitisch engagierten Rheinland-Pfälzer/innen derzeit das Thema „Landesentwicklungsprogramm IV“. Bleibt zu hoffen, dass wir nicht steuermann- und steuerfraulos diesen Auseinandersetzungen von außen zuschauen müssen und wir einen neuen handlungsfähigen Kreisvorstand bekommen!

In der Zwischenzeit könnt Ihr in unserem Rundbrief Näheres zu den genannten Themen lesen, und wichtig: Mit Personalvorschlägen und Bewerbungen könnt Ihr Einfluss auf die Zusammensetzung der Reihe unserer „Vordersten“ nehmen. Kommt also zahlreich!

**Mitgliederversammlung:  
Dienstag, 15. Mai 2007, 19.30 Uhr  
Trier, Warsberger Hof  
Dietrichstr. 42**

### Tagesordnung:

- ◆ Begrüßung
- ◆ bei Bedarf: Berichte aus den Gremien:  
Stadtrat Trier, Kreistag, VG-Räte, Ortsgemeinderäte, Parteirat
- ◆ Kassenprüfberichte, Entlastungen
- ◆ Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands, Entlastungen
- ◆ **Neuwahl des Kreisvorstands**
- ◆ Wahl von Kassenprüfer/innen
- ◆ Antrag: Tornado-Einsatz in Afghanistan
- ◆ Delegiertenwahlen (LDV, 16. Juni 2007 in Lambrecht und Sonder-BDK)
- ◆ Verschiedenes

# Neuwahl und Afghanistan

## Themen der Mitgliederversammlung

Am 15. Mai werden wir in unserer Mitgliederversammlung wieder eine Vorstandswahlperiode beschließen und zur **Neuwahl** aufrufen. Zu danken ist einstweilen dem engagierten Einsatz des scheidenden Vorstands (Sabina Quijano, Michael Rahe, Sebastian Wispel, Sigrun F. Priemer, Wolfgang Hertel, Heide von Schütz, Christiane Wendler, Simon Stumpf). Sie haben nicht nur für die organisatorische Kontinuität der Kreisverbandsarbeit gesorgt, sondern auch vielfältige politische Initiativen in Gang gesetzt: aktive Einmischung in die Struktur- und Perspektivdebatte nach der verlorenen Landtagswahl, Parteinahme zur Unterstützung von Klaus Jensen bei der Trierer Oberbürgermeisterwahl, bessere inhaltliche Abstimmung der Kreisvorstandsarbeit mit der Arbeit der Kommunalfraktionen, Antragsinitiativen auf der grünen Landes- und Bundesebene (drohendes Atommüll-Endlager Bure, Visafreiheit für türkische Staatsbürger/innen u.a.), Mit-Initiierung und Begleitung einer regionalen Energiestudie.

Nach derzeitigem Stand werden nicht mehr alle „alten“ Vorstandsmitglieder für den neuen neunköpfigen Kreisvorstand kandidieren. Nach dem Rücktritt von Kosmas Fischer zum Jahreswechsel ist zudem auch der Sitz des Vertreters bzw. der Vertreterin der Grünen Jugend im Kreisvorstand vakant.

Um eine erfolgreiche Weiterarbeit zu ermöglichen sind also alle interessierten Mitglieder aufgerufen, sich um ein Vorstandsamt zu bewerben oder sich vorschlagen zu lassen. Die Grüne Jugend hat ein Vorschlagsrecht für den ihr zustehenden Sitz.

Thematisch wird sich die Mitgliederversammlung mit der Lage in **Afghanistan** beschäftigen und der Rolle, die die Bundeswehr im Rahmen des ISAF-Einsatzes spielt. Hierzu liegt der Antrag des Kreisverbands Gelsenkirchen vor, eine Sonder-Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) über das Abstimmungsverhalten von Bundestagsfraktion und Bundesvorstand (Zustimmung zum Einsatz von Tornado-Aufklärungsflugzeugen) einzuberufen. Zur Durchsetzung dieser Sonder-BDK bedarf es der Zustimmung von 10 % aller Kreisverbände.

Aus unserem Kreisverband gibt es zu diesem Thema außerdem eine Antragsinitiative an die nächste **Landesdelegiertenversammlung**

(LDV, Samstag, 16. Juni 2007 in Lambrecht/Pfalz), die von unserem Kreisvorstandsmitglied Wolfgang Hertel eingebracht wurde (siehe Beitrag auf Seite 3).

Im Mittelpunkt der LDV wird allerdings ein Leit-antrag von Landesvorstand und Landesarbeitsgemeinschaften zur Klimapolitik stehen, dessen Entwurf sich noch in Bearbeitung befindet.

Für die eintägige LDV wollen wir am 15. Mai auch die zwölf uns dort vertretenden Delegierten wählen. Wie immer können sich Interessierte zuvor schon in unserer Geschäftsstelle melden:

*Fon 0651/48707, Fax 0651/76790  
oder E-Post: [info@gruene-trier.de](mailto:info@gruene-trier.de)*

ea

### Veranstaltungsankündigung

Können auch Städte und Gemeinden zum Klimaschutz beitragen? – Brauchen wir neue Kohlekraftwerke? – Wie viel Energie kann eine Gemeinde einsparen, wie viel effizienter einsetzen, wie viel durch erneuerbare Energie ersetzen? – RWE – Hemmschuh der kommunalen Energiewende? – Wie sieht die Energieversorgung von morgen aus?

## **Kommunale Energiewende – aber wie?**

### **Tagung zur Zukunft kommunaler Energiepolitik**

**Freitag, 22. Juni 2007, 14-19 Uhr**

### **Trier, Volkshochschule am Domfreihof**

Vorträge, Diskussion und Podium  
mit

**Dr. Lutz Mez,**  
Forschungsstelle für Umweltpolitik,  
Freie Universität Berlin

**Dipl. Ing. Johannes van Bergen,**  
Stadtwerke Schwäbisch Hall

**Dipl. Ing. Michael Grehl,**  
Energiewirtschaft Morbach

**Dr. Thomas Waßmuth,**  
Stadtwerke Trier

und weiteren Vertreter/innen von Energieagenturen  
und Umweltdezernaten

**Moderation: Reiner Marz**

**Veranstalter:**  
**Bündnis 90/Die Grünen Trier-Saarburg**

Zum folgenden Antrag, der in die Landesdelegiertenversammlung am 16. Juni 2007 eingebracht werden soll, werden noch Unterstützer/innen gesucht (Es genügt die Mitteilung Eures Namens und des Kreisverbands). Es kann vorher noch zu kleineren redaktionellen Änderungen am Text kommen. Wenn Ihr mit der Substanz des Inhalts einverstanden seid, schickt Eure Zustimmung an Wolfgang Hertel und an unsere Geschäftsstelle:

[woheko@t-online.de](mailto:woheko@t-online.de)  
[info@gruene-trier.de](mailto:info@gruene-trier.de)

## Kein Tornado-Einsatz in Afghanistan!

Die verlorene Landtagswahl 2006 hat die meisten Grünen in Rheinland-Pfalz bewogen, eine Rückbesinnung auf „urgrüne Themen“ zu fordern. Die LDV Rheinland-Pfalz von Bündnis 90/Die Grünen stellt fest, dass Friedenspolitik im Sinne Frieden erhaltender und schaffender Maßnahmen unverändert eine Grundsäule grüner Politik ist und bleiben muss. Der Einsatz von Tornados u.a. in Afghanistan

- Widerspricht dieser Zielsetzung;
- Er zementiert die kriegerische Komponente des Afghanistan-Abenteuers und weitet diese aus;
- Er untergräbt dessen zivile Komponente und fördert den Hass auf die als Besatzer empfundenen Truppen;
- Er liefert den Fundamentalisten Argumente, den Hass auf alles Ausländische, Fremdländische, Andersgläubige zu schüren, ein Hass der sich in viele andere Länder ähnlicher Prägung ausbreitet und bis nach Europa getragen wird;
- Er vergeudet erhebliche Mittel, die im eigentlichen Zuständigkeitsbereich des deutschen Engagements erheblich effektiver für zivile, Frieden und Vertrauen stiftende Maßnahmen eingesetzt werden könnten;
- Er ist überflüssig, da die im kriegerischen Süden tätigen Truppen (insbesondere USA) über genügend eigenes Aufklärungspotential verfügen;
- Er dient in Wirklichkeit der Erprobung eines Waffensystems unter „realen Bedingungen“, um dieses zu einem Exportschlager für weitere Krisenregionen zu machen.

Daher lehnen Bündnis 90/Die Grünen den leider bereits genehmigten, aber auch den

künftigen Einsatz von Tornados in Afghanistan ab. Dies insbesondere vor dem Hintergrund einer drohenden Verlängerung des Einsatzmandates im Oktober 2007 durch den Bundestag.

### Begründung<sup>1</sup>:

Schon die Ursachen des Afghanistankrieges geben zu denken. Auslöser waren die Anschläge vom 11. September 2001, die ausschließlich den USA galten. Bei aller Feigheit



dieser bewusst auf Zivilpersonen gerichteten Anschläge darf nicht übersehen werden, dass die USA sich selbst zum bestgehassten Staat, besonders in der sog. 3. Welt, trotz Mahnung durch aufgeklärte, demokratische Staaten, gemacht haben: Arrogantes, kolonial ähnliches, imperialistisches Gebaren u.a. in ganz Lateinamerika. Wirtschaftliches Ausplündern dieser Länder mit Hilfe von Marionettenfiguren vor Ort. Direkte und indirekte Bekämpfung jeder Art von Demokratisierung und Sozialreform, wegen angeblicher kommunistischer Tendenzen. Dafür flächendeckende Unterstützung von Militärdiktaturen sofern sie nur rechts genug waren. Etc. etc. etc..

Diese Anschläge wurden von der Terrororganisation al-Qaida und nicht von den Afghanen begangen. Es mag zwar sein, dass die afghanischen Machthaber (Taliban) el-Qaida Rückendeckung gewährt haben. Aber jetzt, wo man weiß, wie schamlos Bush bei der Begründung seines Irakkrieges gelogen hat, kommen einem auch in Afghanistan Zweifel (Gleiwitz lässt grüßen). Das Einzige im Irak-Fall Zutreffende war, dass Saddam Hussein ein skrupelloser Diktator und Massenmörder war. Aber dessen Steigbügelhalter waren ja die USA selbst, als sie ihn im Krieg gegen den Iran unterstützt und sein Land (Irak) mit Waffen voll gestopft haben.

---

<sup>1</sup> Die Begründung wurde aus textredaktionellen Gründen an den markierten Stellen gekürzt. Die vollständige Fassung könnt Ihr über unsere Geschäftsstelle beziehen.

Im Falle Afghanistan liegen die Verhältnisse ähnlich. Die (angebliche) Unterstützung von al-Qaida durch den afghanischen Taliban war nur Vorwand, um gegen den Taliban selbst vorzugehen. Als moralische Rechtfertigung diente auch hier die sicher zutreffende Feststellung, dass der Taliban (ähnlich Hussein) kriminell, menschen- und besonders frauenverachtend ist. Aber auch dieser Taliban ist erst durch US-Hilfe zu dem geworden, was er heute ist: Eine skrupellose Terrororganisation, die so lange US-unterstützt und mit Waffen versorgt wurde, wie sie USA-freundlich gegen die UdSSR kämpfte.

In beiden Fällen (und nicht nur in diesen) haben sich die USA, mit zweifelhaftem Ziel, bewusst böser Geister bedient, deren sie wieder einmal nicht mehr Herr werden. Und wir sollen nun die Kastanien aus dem Feuer holen.

Dass die Bundeswehr dennoch (mit der Nato) in Afghanistan eingegriffen hat, um die afghanische Bevölkerung von einem (einst) USA-gestützten Unrechtsregime zu befreien, konnte man 2002 noch für richtig halten. Aber spätestens mit bekannt werden der Missstände im Lager Guantánamo hätten sich die Grünen anders positionieren müssen. Dies gilt erst recht mit bekannt werden der Bush-Lügen zum Irak-Krieg, der Verbrechen in den irakischen Gefängnissen und der immer häufigeren „Kollateralschäden“ an der Zivilbevölkerung im Irak und in Afghanistan. Es ist unerträglich, dass eine demokratische und rechtsstaatliche Völkergemeinschaft (unter **Druck** und Anführung der USA, bei Vorspiegelung falscher Tatsachen) anderen Völkern Recht und Demokratie militärisch aufzuzwingen versucht, während die „Führungsnation“ selbst unsere elementaren Rechtsgrundsätze bewusst, arrogant, ungehört, trotz massiver Kritik (sogar von Merkel), weiterhin vor aller Welt mit Füßen tritt.

Da sich die Deutschen in bester Absicht in Afghanistan 2002 (mit-) engagiert haben, geht es nicht darum, dieses Engagement abzubrechen. Im Gegenteil, es sollte sogar erweitert werden, aber mit einer deutlichen Hinwendung zu zivilen Aufgaben. Wobei natürlich ein effektiver militärischer (Eigen-)Schutz (leider) auch notwendig ist. So ist der 13-Punkte-Katalog von Trittin u. Co. (ohne ihn im Detail bewerten zu wollen) zu sehen. Der ist allerdings ja nur ein frommer Wunsch der Grünen. Und er kann nicht Grundlage eines Kuhhandels sein: „Gebt uns unsere 13 Punkte, dann geben wir euch eure Tornados“.

Eine rein militärische Erweiterung und dann noch an einem weiteren Ort kann nicht im Sinne grüner, friedensstiftender Politik sein. Im Gegenteil: Notwendig ist eine bedingungslose Abwendung von jeder Form der militärischen Unterstützung, die uns auch nur andeutungsweise in die Nähe US-amerikanischer Militäraktionen rücken könnte.

(...)

Die Sache wird nicht dadurch besser, dass die Deutschen mit ihren Tornados die Aufklärung verfeinern. Schießen (leider) tun immer noch die anderen (zum Glück). Aber wenn jetzt etwas schief läuft (Kollateralschäden), haben die Deutschen falsch aufgeklärt. Wer unbedingt schießen will, soll auch selbst aufklären. Wenn die US-Amerikaner eine Rechnung mit dem Taliban zu begleichen haben, sollen sie es selbst tun.

Die Deutschen sollen sich wieder auf den ihnen ursprünglich zugewiesenen Bereich zurückziehen und beschränken, und nur friedensstiftende, bei der Bevölkerung Vertrauen aufbauende Maßnahmen voranbringen und erweitern.

(...)

Bezeichnend ist, dass unsere grünen Bundestagsabgeordneten zu 50% für und 50% gegen den Tornadoeinsatz votiert haben, und somit noch unter dem Friedensniveau der Bevölkerung liegen. Die Neue Linke gräbt uns das Wasser als soziale und Friedenspartei ab und Frau Merkel (alles nur Schau) punktet mit dem Klimaschutz. Wer soll da noch die Grünen wählen, die sich so beliebig, halb Frieden halb Krieg, positionieren? Die schlimmsten Chancen sind die verpassten.

Es ist gut, wenn sich die Grünen weiterhin als die kompetenteste Partei in Sachen Klimaschutz lautstark zu Wort melden. Aber, so wichtig dieses Thema auch sein mag, es ist so weit Allgemeingut geworden, dass es tödlich für die Grünen wäre, sich allein auf dieses Thema zu werfen, weil es so schön unstrittig ist. Die anderen und gerade die (noch) strittigen, unbequemen Themen müssen mit genauso viel Engagement vertreten werden. So die soziale (Steuer-) Gerechtigkeit, die Bürgerversicherung, die Bürger- und Menschenrechte ... und immer wieder die Friedenspolitik.

Derzeit findet ein öffentliches Beteiligungsverfahren über den Entwurf eines neuen Landesentwicklungsprogramms („LEP IV“) statt, der von der Landesregierung vorgelegt wurde. Mit dem LEP werden verbindliche Vorgaben für die Flächennutzung, die Siedlungsentwicklung, die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, den Freiraumschutz im Land gemacht. Es entscheidet damit über die Lebensqualität im Rheinland-Pfalz der nächsten beiden Dekaden. Unsere **Kreistagsfraktion** hat sich mit einer Stellungnahme in die Diskussion um das neue LEP eingebracht. Die Stellungnahme wurde aus redaktionellen Gründen an den markierten Stellen gekürzt.

Landesentwicklungsprogramm IV:

## Vernachlässigte Herausforderungen der Zukunft

*Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Trier-Saarburg*

Mit dem LEP IV könnten für einen Zeitraum von 10-12 Jahren die Weichen gestellt werden

- für eine ausgewogene Siedlungs- und Freiraumstruktur
- für eine nachhaltige Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes
- für eine deutliche Begrenzung des Flächenverbrauchs
- für eine zukunftsfähige Siedlungs- und Wohnstruktur
- für die Bereitstellung einer Infrastruktur, die eine Verlagerung von Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsträger wie Schiene und ÖPNV deutlich erhöht
- für eine Entwicklung der ländlichen Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume
- für die Entwicklung einer ökologisch ausgerichteten bäuerlich strukturierten und flächengebundenen Landwirtschaft
- für Klimaschutzmaßnahmen.

Einer konkreten Weichenstellung, bei der Nachhaltigkeit Pflicht ist, wird der LEP IV-Entwurf in keiner Weise gerecht und ein entschlossenes Handeln zum Ausstieg aus dem Zeitalter der fossilen Energien zur Minderung der Klimakatastrophe ist nicht erkennbar. Die sicht- und fühlbare Realität des Klimawandels ist offensichtlich im Innenministerium noch nicht angekommen!

Die Pleite des LEP IV ist vorprogrammiert, weil schon die zahlenmäßig wesentlich geringeren Ziele des LEP III nicht umgesetzt wurden:

Beispiele:

- Das LEP III hat die Ausbreitung des Gebäudeleerstands in Ortskernen und die weitere **flächenintensive Siedlungsentwicklung** an den Ortsrändern nicht bremsen können.
- Das LEP III hat es nur selten geschafft, die **Konkurrenz** von Gemeinden um die **Standortgunst für Industrie und Gewerbe** zu mildern und in Kooperationen umzuwandeln.
- Es konnte auch nicht verhindert werden, dass die **Nahversorgung** durch den Einzelhandel vom großflächigen Handel auf der grünen Wiese **verdrängt** wurde.
- Eine weiter wachsende infrastrukturelle Unterversorgung des ländlichen Raumes konnte nicht verhindert werden.

Vor diesem Hintergrund formuliert die Fraktion



der Bündnisgrünen im Kreistag Forderungen an ein LEP IV, damit dieses eine Vorreiterrolle einnehmen kann, die der sich ab-

zeichnenden Umgestaltung unserer Gesellschaft im Hinblick auf demographischen Wandel und dem Prinzip der Nachhaltigkeit gerecht werden kann.

### 1. Konsequente Nutzung einheimischer Energiepotentiale

Es ist ein Skandal, dass im LEP IV-Entwurf keine verbindlichen Zielaussagen im Hinblick auf eine CO<sub>2</sub>-Reduktion zu finden sind. Im LEP IV sind deshalb den regionalen Planungsgemeinschaften unbedingt handlungsorientierte Festlegungen zur räumlichen Nutzung erneuerbarer Energien, zur Energieeinsparung und zur effizienten und rationellen Energienutzung vorzugeben. Gerade im ländlich strukturierten Kreis Trier-Saarburg ist die Förderung der Windenergie, der Nutzung von Biogasanlagen und der Nutzung von Holz ein Vorrang einzuräumen. (...)

## 2. Demographische Veränderungen aktiv gestalten

Die quantitative Flächeninanspruchnahme muss aus unserer Sicht bis zum Jahr 2020 nicht nur landesweit, sondern auch im Kreis deutlich reduziert werden. Die notwendige Flächeninanspruchnahme muss qualitativ verbessert und optimiert werden. Grünes Ziel ist die Reduzierung des Flächenverbrauchs in Rheinland-Pfalz von derzeit 5 ha täglich auf 1,5 ha/Tag bis zum Jahr 2020. (...)

Dabei ist natürlich der Sondersituation in den grenznahen Gemeinden des Kreises Rechnung zu tragen, allerdings auch im Hinblick auf die Landesplanung im benachbarten Luxemburg, die auf ein deutliches Gegensteuern zur Abwanderung der luxemburgischen Bevölkerung nach Deutschland hinzielt. Dringend erforderlich ist ein **Kostenvergleich** einer Innenentwicklung im Vergleich zu **Baulandsausweisungen** im Außenbereich. Die im LEP IV geforderte Bindung der Flächenneuausweisung an Siedlungsschwerpunkte mit Haltepunkten des Rheinland-Pfalz-Taktes ist abzulehnen. Der Fortbestand des Rheinland-Pfalz-Taktes wird damit als statisch angesehen, eine Verbesserung der ÖPNV-Situation im ländlichen Raum ist unserer Meinung nach damit nicht mehr vorgesehen.

## 3. Chancengleichheit für die Kommunen im ländlichen Raum

(...) Der demographische Wandel trifft auch für den Kreis Trier-Saarburg zu, wenn auch mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Deshalb ist auch hier Vorsorge zu treffen, um die Kommunen zu aktivem Handeln zu ermuntern. Hier ist die Zielformulierung (Z 3) des Entwurfs, die Daseinsvorsorge in den verdichteten Räumen zu optimieren und zu **entwickeln** und in den ländlichen Teilräumen lediglich zu **sichern** (Z 2) nicht zielführend. (...)

Die angestrebte „Leuchtturmpolitik“ führt zu einer indirekten Behinderung in denjenigen Regionen, die ihre Stärken noch aufspüren und entwickeln wollen. (...)

Wir fordern stattdessen landesweit möglichst viele regionale Innovationsprojekte und eine Förderstruktur, die dies ausdrücklich unterstützt. (...)

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist die im LEP IV-Entwurf vorgesehene interkommunale Kooperation im Rahmen des Zentrale-Orte-Konzeptes gerade auf der Ebene der Mittelzentren notwendig. Aber eine

abschließende und verbindliche Festlegung von Kooperationspartnern ist auch hier nicht zielführend. Eine nur durch km-Entfernung voneinander festgelegte Kooperation (Beispiel Konz-Trier) verhindert andere Lösungen, die ebenso produktiv sein könnten (Beispiel Konz-Saarburg). Zur Förderung der kommunalen Eigenverantwortung und -entwicklung sollten Kommunen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern mit Kooperationsanreizen gearbeitet werden.

## 4. Vorrang für umweltfreundliche Verkehrsträger

(...) Das Verkehrswachstum wird ebenso wie der prognostizierte Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 11 % bis zum Jahr 2015 nicht nur hin-



genommen, sondern dient als Planungsgrundlage für einen weiteren massiven Ausbau vor allem der Straßenverkehrsinfrastruktur.

Für den Ausbau der Schiene wird keine Zielsetzung getroffen. Die Bedienung der überregionalen und regionalen Verbindungen im ÖPNV (Taktangebot und Beschleunigung) soll lediglich gesichert und nicht mehr verbessert werden. Mit solchen Zielen ist keine Verlagerung vom Auto auf den ÖPNV zu erwarten! Stattdessen finden sich wieder eine Vielzahl von Großprojekten, gerade im Kreisgebiet, die unweigerlich die Attraktivität für den Individualverkehr und die Rolle des Kreises als Transitgebiet für den internationalen LKW-Verkehr weiter fördern. (...)

## 5. Sicherung der Natura 2000-Gebiete

In den Köpfen der Vertreter der Planungsgemeinschaft und des Gemeinde- und Städtebundes geht ein Gespenst um: Das Gespenst vom alles bedrohenden Naturschutz!

Anders lässt sich nicht erklären, dass immer wieder das „Zuviel“ an Naturschutz und -schutzgebieten dafür erhalten muss, wenn allzu hoch gesteckte Expansionsgelüste der Kommunen beschränkt werden.

Rheinland-Pfalz hatte sich schon einmal gegenüber Brüssel blamiert als es mit seinen FFH-Flächenmeldungen im Rückstand war. Vielleicht hat die Landesregierung ja aus dieser Blamage gelernt und daher die Natura-2000-Gebiete ins LEP übernommen? (...)

## 6. Nachhaltige Landwirtschaft sicherstellen

Eine Förderung des Umbaus landwirtschaftlicher Betriebe nach den Kriterien der Nachhaltigkeit und damit zu ökologischer Landwirtschaft wird mit dem LEP IV nicht erreicht. Ziel müsste es sein, bis zum Jahr 2020 mindestens 20 Prozent der rheinland-pfälzischen Lebensmittel aus ökologischem Anbau herzustellen. Dies gilt gerade auch vor dem Hintergrund, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf ökologisch bebauten Flächen zu zwei Drittel geringer sind als bei konventioneller Bewirtschaftung.



Folgende Planungsvorgaben sind vordringlich als Zielaussagen im LEP IV notwendig:

---

## Einwohneranträge gegen Kohlekraft und für Erneuerbare

Anfang März 2007 hat sich das ‚Bündnis für Erneuerbare Energien in Trier‘ (BEET) gegründet. Anlass war die Tatsache, dass die Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH (SWT) plant, sich mit einem Betrag in zweistelliger Millionenhöhe am Bau eines Steinkohle-



Kraftwerks der RWE-AG zu beteiligen. Das Bündnis besteht aus Einzelpersonen und wird von verschiedenen Vereinen unterstützt, u.a. Greenpeace, BUND, StopBure, NABU, UWIT, Multikulturelles Zentrum Trier, KSJ und dem Astarreferat für Ökologie und Mobilität. Zur Zeit werden von diesem Bündnis Unterschriften für zwei Einwohneranträge gesammelt: Gegen Kohlestrom und für mehr erneuerbare Energien. Wir haben Euch die beiden Anträge als

- Landkreise und Kommunen sind von Seiten der Regionalplanung durch eine vorrangige Ressortförderung für Modellvorhaben des ökologischen Landbaus, dem Einsatz regenerativer Energien in der Landwirtschaft, dem Angebot touristischer Maßnahmen sowie den Möglichkeiten einer Direktvermarktung zu unterstützen.
- Ziel der Regionalplanung ist es, langfristig eine gentechnikfreie Landwirtschaft sicherzustellen.
- Die energetische und die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe sollen durch eine verstärkte Verwertung von landwirtschaftlichen Produkten weiter ausgebaut werden. Hierbei sind kleine Kreisläufe mit hohem Nutzungsgrad z.B. Kraft-Wärmekopplung zu bevorzugen.

*Am Beteiligungsverfahren über das neue Landesentwicklungsprogramm können auch alle Bürgerinnen und Bürger bis zum 30. Juni 2007 teilnehmen. Der Wortlaut des LEP IV-Entwurfs ist über die Homepage des rheinland-pfälzischen Innenministeriums abrufbar:*

[www.ism.rlp.de](http://www.ism.rlp.de) > Landesplanung



Anlage zu diesem Rundbrief beigefügt, mit der Bitte, auch in Eurem Bekanntenkreis regen Gebrauch davon zu machen. (Nur Einwohner/innen von Trier sind antragsberechtigt.)

E-mail-Kontakt: [info.beet@o2online.de](mailto:info.beet@o2online.de)  
Weitere Informationen unter:

<http://gruppen.greenpeace.de/trier/buendnistrier.html>

## Fahrt zum Europaparlament



Wer am 3. und 4. Juli 2007 (Dienstag und Mittwoch) Zeit für eine Bildungsreise hat, kann das Angebot von MdEP Hiltrud Breyer in Anspruch

nehmen. Sie lädt grüne Rheinland-Pfälzer/innen zu einer Fahrt ins Brüsseler Europaparlament ein. Für unseren Kreisverband sind neun Plätze zu diesem Zweck vorgesehen. Wenn es mehr Interessierte als Plätze gibt, wird gelost.

Wer teilnehmen möchte, meldet sich bitte in unserer Geschäftsstelle an:

Tel. 0651/48707, E-Post: [info@gruene-trier.de](mailto:info@gruene-trier.de)

Beigeordnetenwahl im Trierer Rathaus:

## Schaler Nachgeschmack

Rückblick: Ein halbes Jahr nach der OB-Wahl – Klaus Jensen ist noch nicht mal im Amt – steht im Stadtvorstand eine weitere wichtige Wahl an. Gesucht wird eine neue Baudezernentin. Im Stadtvorstand sitzen zu diesem Zeitpunkt neben dem scheidenden OB Schröder, zwei Beigeordnete der CDU sowie der SPD-Baudezernent, dessen Amt neu besetzt werden muss.

### Augen zu und durch.

In einer Vorrunde einigte sich der Rat auf zwei weibliche Bewerberinnen für die engere Auswahl: Die frühere Wittlicher Stadtplanerin Simone Kaes-Torchiani (51, CDU) und die Kandidatin Beatrice Soltys (40, parteilos) aus Ludwigsburg. Der Grüne Kreisvorstand und die Fraktion konnten sich davon überzeugen, dass Frau Soltys eine fachlich sehr kompetente und unabhängige Persönlichkeit ist. Sie bekam das einstimmige Votum unserer Mitgliederversammlung. Auch Klaus Jensen spricht sich am Ende für die parteilose Kandidatin aus. Die CDU stellte sich dagegen mit Frau Kaes-Torchiani hinter eine 100%e CDU-Kandidatin – und das für ein Dezernat, das immerhin mal rot gewesen war!

Unter großer öffentlicher Beteiligung kam es zu einer öffentlichen Vorstellung der beiden Kandidatinnen. Das öffentliche Interesse war riesig, doch am Ende blieb alles beim Alten. CDU und UBM winkten mit 28 gegen 22 Stimmen ihre Kandidatin durch – Augen zu und durch.

### Die Mehrheit entscheidet.

In der Demokratie entscheidet bekanntlich die Mehrheit. Aber es bleibt ein schaler Nachgeschmack. Ist es nicht gerade die CDU, die immer wieder betont, wir hätten eine „repräsentative“ Demokratie? Sollten die Mehrheitsverhältnisse im Stadtvorstand dann nicht auch repräsentativ für den Stadtvorstand sein? Warum gibt es dann eine 40,6% CDU-Minderheit im Stadtrat und eine stolze 75% CDU-Mehrheit im Stadtvorstand – und zwar in Person von Frau Kaes-Torchiani bis zum Jahr 2015? Das ist unangemessen. Wer bei so langfristig ange-

legten Posten immer nur den kurzfristigen Vorteil betrachtet, der schießt sich am Ende selbst ins Knie.

### Gut vertreten, aber schlecht beraten.

Die CDU ist in der CDUBM-Koalition rein zahlenmäßig hervorragend vertreten. Aber sie war schlecht beraten, mit der UBM ein so durchsichtiges Manöver durchzuziehen wie bei dieser Wahl. Durch unsere Initiative im Rat konnten sich viele Menschen persönlich ein Bild von beiden Kandidatinnen machen. Frau Soltys war eine gute Kandidatin. Selten gab es so viele Leserbriefe im TV - viele haben mit uns das Wahlergebnis bedauert\*. Wenn sich bereits der IHK-Alterspräsident so deutlich äußert, wie er es getan hat, dann gibt es bestimmt auch interne Kritik.

### Es geht mit, aber es geht auch ohne Simone.

Macht ist kein Selbstzweck, sondern dient dem Wohl des Ganzen. Es wäre wohl klüger gewesen, hier etwas mehr Unabhängigkeit zu wagen. Zur Fairness gehört es wohl auch, abzuwarten, wie sich Frau Kaes-Torchiani uns gegenüber künftig verhalten wird. Bei der Verabschiedung von Dietze war sie schon mal nicht. Wir werden sie an ihren Taten messen: Es geht mit, aber es geht auch ohne Simone. Fairness erwarten wir vor allem im Umgang mit dem frisch vereidigten OB, den wir Grünen unterstützt haben. Wir werden ihn weiter unterstützen, und wir werden auch eigene Akzente setzen.

Bei dieser Wahl hat sich eine Mehrheit durchgesetzt, und beim nächsten Mal wird sich zeigen, ob diese Köpfe auch noch eine Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich haben. Der Kommunalwahlkampf 2009 hat diesmal früh begonnen: For the times they are a-changin'!

*Michael Rahe, Kreisvorstandssprecher*

\* wer nicht dabei sein konnte, kann es nachlesen:

[www.16vor.de/index.php/2007/03/21/kommentar-mit-leerformeln-zum-sieg/](http://www.16vor.de/index.php/2007/03/21/kommentar-mit-leerformeln-zum-sieg/)

[www.16vor.de/index.php/2007/03/21/kaes-torchiani-wird-neue-baudezernentin](http://www.16vor.de/index.php/2007/03/21/kaes-torchiani-wird-neue-baudezernentin)

Stadtrats-Splitter:

wurde der Antrag abgelehnt.

## Mehr Öffentlichkeit, mehr Fahrräder, mehr Fairness, mehr Transparenz.

*Von Sigrun F. Priemer und Dominik Heinrich  
Mitglieder des Rats der Stadt Trier*

### Mehr Öffentlichkeit

In der Theorie – also in der Gemeindeordnung – ist vorgesehen, dass die Belange der Kommune grundsätzlich öffentlich zu beraten sind. Nun hat die Stadt viele Beteiligungen an verschiedenen Unternehmen. Beispielsweise an den Stadtwerken. Die Stadtwerke sind ein Privatunternehmen geworden, und die öffentlichen Belange sind gleichsam privatisiert worden, so dass die Öffentlichkeit keine Kenntnis von den Beratungen über die öffentlichen Belange mehr bekommt. Es wäre also schön, wenn die Gesellschaften mit städtischer Beteiligung einen öffentlichen Teil in ihren Sitzungen zulassen würden. Die Stadtratsfraktion hat hierzu beantragt, dass überprüft wird, in wie weit öffentlich beraten werden kann, und gegebenenfalls Satzungsänderungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

### Mehr Fahrräder: Modal Split

Im September sollte das Mobilitätskonzept 2020 im Bauausschuss beschlossen werden, es kam jedoch – in nichtöffentlicher Sitzung – nicht dazu, da die CDUBM ihre Mehrheit entdeckt haben, und Opposition spielen wollen. Da die Beratung eine vorbereitende Beratung für die Stadtratssitzung war, und das Mobilitätskonzept nach seinem Scheitern im Ausschuss dem Rat nicht mehr zur Entscheidung vorgelegt wurde, ist es sang- und klanglos in der Schublade verschwunden. Deshalb stellte die Grüne Stadtratsfraktion den Antrag, den „Modal Split“ für das Mobilitätskonzept festzulegen. Der Modal Split ist die Vorgabe, wie die Anteile von Fahrrädern, ÖPNV und PKW am Straßenverkehr aussehen sollen. Die Forderung von 25% Radverkehr, 15% ÖPNV und maximal 40% PKW ist eher realistisch als fundamental ökologisch, aber die Hoffnung, die anderen Fraktionen zum Nachdenken zu bringen, und mal zu hören, was sie sich von einem Mobilitätskonzept erhoffen, war da. Leider

### Mehr Fairness

Auf unseren Antrag hin, hat der Stadtrat einstimmig beschlossen, dass bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen darauf geachtet wird, dass die Produkte nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen. Pflastersteine, Textilien, Blumen (die immer mal wieder überreicht werden), müssen nunmehr nachgewiesenermaßen von Erwachsenen hergestellt worden sein.

### Mehr Transparenz

Mit großer Mehrheit hat der Stadtrat unserem Antrag zugestimmt, die veralteten verwaltungsinternen Vorgaben für die Vergabe von Aufträgen an Architekten, Fachplaner, Sachverständige und sonstige Dienstleister zu überarbeiten.

Wir finden es bedenklich, wenn die Verwaltung bei den Direktbeauftragungen und auch der Auswahl von Büros, die bei beschränkten Ausschreibungen berücksichtigt werden, zu oft auf die gleichen Büros zurückgreift. Gute Beziehungen dürfen nicht wichtiger sein als die fachliche Eignung! Das Potential an jungen oder anderen erfahrenen Büros wird nicht genutzt. Es gibt zudem Beispiele von öffentlichen Aufträgen an Freiberufler und Dienstleister, die zwar vergaberechtlich einwandfrei vollzogen wurden, an denen aber ein „Geschmäckle“ haftet. Wir wollen daher, dass auch Leistungen mit einer Auftragssumme weit unter dem Schwellenwert von 200.000 € öffentlich ausgeschrieben werden müssen. Dies betrifft auch Leistungen, die von der Stadt zwar nicht selbst beauftragt, aber mit öffentlichen Geldern bezuschusst werden.

Viele der größeren öffentlichen Planungsleistungen werden mit einem undurchschaubaren Automatismus an städtische Ämter vergeben – und dies nicht immer mit vorzeigbaren Ergebnissen. Die Durchführung von größeren Planungsleistungen durch die Verwaltung sollte in Zukunft eher ein Ausnahmefall sein.

Wir fordern einen fairen und offenen Wettbewerb, eine Gleichbehandlung der Bewerber und mehr Transparenz bei den Vergabeentscheidungen.

Ob wir bei der weiteren Diskussion mit diesen Forderungen im Stadtrat alleine stehen oder die Unterstützung der anderen Fraktionen erfahren, wird sich zeigen.

„Leben auf dem Golf“ bei Fellerich:

## Luxus-Wohnen durch die Hintertür

Jahrelang wurde das in der VG Konz in den Ortsgemeinden Tawern-Fellerich und Temmels geplante Großprojekt „Leben auf dem Golf“ hinter verschlossenen Türen beraten, nun kommt endlich ans Licht der Öffentlichkeit, was Bürgermeister Manns in Zusammenarbeit mit zwei Luxemburger Investoren auf dem Fellericher Plateau tatsächlich plant. Denn hier wurde einmal mehr in einer mehrjährigen Meisterleistung von Projektentwicklern, Investoren, beteiligten Behörden und nicht zuletzt verantwortlichen Politikern demonstriert, wie leicht es ist, nach und nach alle Grundsätze einer vernünftigen Siedlungsentwicklung außer Kraft zu setzen.

Das 197-Hektar-Projekt wird dabei nicht nur Landschaftsbild, Umwelt und gewachsene soziale Strukturen nachhaltig belasten, es droht auch dem Steuerzahler gehörig auf der Tasche zu liegen.

Was ursprünglich als Feriendorf mit Freizeitanlage (Golf) geplant war, wurde unter der Ägide der Investoren Tony Feidt und René Falz und mit dem Segen der schwarz-rot-gelben Lokalpolitik kurzerhand zum Wohngebiet am Golfplatz mit angeschlossenem Fünf-Sterne-Hotel umdeklariert.

Aus ursprünglich 100 Ferienhäusern werden 400 Wohneinheiten. Die beteiligten Akteure haben es bislang nicht schlüssig erklären können, wie diese Projektumwandlung mit den geltenden Zielen und Grundsätzen von Landesplanung und Raumordnung in Einklang gebracht werden kann. Schon der raumordnerische Bescheid für das ursprünglich geplante Feriendorf stellte klar, dass in diesem Gebiet eine Dauernutzung der Bebauung zu Wohnzwecken auszuschließen sei. Für die Erhaltung des Landschaftsbilds und den Schutz der angrenzenden Waldbestände wurden hohe Auflagen gemacht. Dies scheint nun alles Schnee von gestern. Selbst eine eigentlich erforderliche Neuaufstellung des Flächennutzungsplans wurde geschickt umschifft, indem man das Projekt weiterhin als „Freizeitanlage“ führt.

Dabei müsste gerade heute deutlich genug sein: Angesichts des wachsenden Leerstands in den Ortskernen und dem dennoch ausufernden Flächenverbrauch gerade in der VG

Konz ist ein Wohngebiet dieser Größenordnung außerhalb der Ortslage nicht begründbar.

### „Biogolf“ als Mogelpackung

Die Realisierung des Projekts würde einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild um Fellerich mit sich bringen und unmittelbar in Umweltbelange eingreifen. Golfplätze erfordern für ihren Betrieb eine intensive Rasenpflege. Das gilt umso mehr für ein so groß dimensioniertes Projekt, wie es die Investoren verfolgen („geeignet für die Austragung von internationalen Meisterschaften“). Neben dem Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden geht das insbesondere mit einem hohen Wasserverbrauch einher. Denn der Bedarf für die 136-Hektar-Fläche soll nicht nur über aufgefangenes Regenwasser, sondern auch durch die Anlage von vier Grundwasserbrunnen gedeckt werden. Eine Absenkung des Grundwasserspiegels ist durch die enormen Entnahmen zu erwarten, was nicht nur für die am Ort verbleibende Landwirtschaft, sondern auch für die nahe gelegenen Waldflächen und im betroffenen Bereich entspringende Bäche verheerende Auswirkungen hätte.

### Eine Landesstraße – zu klein für ein Grenzen überschreitendes Projekt

Das Areal bei Fellerich soll grenzüberschreitender Anziehungspunkt für Golfliebhaber werden. Darüber hinaus richtet sich die Werbung für die 400 geplanten Wohneinheiten (= ca. 1.200 Bewohner) insbesondere an zahlungskräftige Pendlerinnen und Pendler aus Luxemburg. Die vorhandene Landesstraße 136 zwischen Tawern und Temmels ist für die zu erwartenden Verkehrsströme nicht ausgelegt. Die Ortsdurchfahrt Temmels wird – besonders zu den Stoßzeiten im Berufsverkehr –



Ausblick vom Fellericher Plateau

erheblichen Mehrbelastungen ausgesetzt sein, unter denen die Anwohner zu leiden haben werden. Mit einer Verdrei- bis Vervierfachung des bisherigen durchschnittlichen täglichen Verkehrsaufkommens muss gerechnet werden. Eine zusätzliche Verkehrsbelastung bringen auch die Freizeitnutzung und die Austragung von Turnieren und Meisterschaften auf den Golfplätzen mit sich, die nach Prognosen der Investoren „bis zu 50.000 Besucher“ pro Veranstaltung anlocken sollen.

### **Griff in den Steuersäckel bei fragwürdigem Entwicklungsimpuls**

Investitionen von der Art des „Lebens auf dem Golf“, selbst wenn sie von Privaten getätigt werden, greifen auch tief in den Steuersäckel. So wurden aktuell 20.000 Euro Planungskosten in den Haushalt 2007 der Gemeinde Tawern eingestellt. Den beteiligten Gemeinden werden Investitionen in die Verkehrs-, Ver- und Entsorgungsinfrastruktur abverlangt. Insbesondere die erkennbaren Probleme und Kosten der zusätzlich erforderlich werdenden Verkehrssicherungsmaßnahmen sind nicht gelöst. Neben Fellerich soll schließlich ein Wohngebiet entstehen, in dem viermal mehr Menschen leben als in der alten Ortsgemarkung. So wurde in den vergangenen Jahren bereits die Kläranlage Konz im Hinblick auf den geplanten Bau des Feriendorfes erweitert; auch erforderliche Ausbauten der Abwasserleitungen zwischen Fellerich und Konz werden die kommunalen Haushalte belasten. Und für die Begleichung nicht vorhergesehener zusätzlicher Kosten in die Trinkwasserversorgung wird wohl ebenfalls der Gemeindehaushalt erhalten müssen.

Dabei ist es mehr als fragwürdig, ob „Leben auf dem Golf“ im Gegenzug auch tatsächlich den erwarteten Entwicklungsimpuls für die Region bringt. Die Golfplätze und das Neubaugebiet sollen gerade mal für 29 Arbeitsplätze sorgen. Ob und wann das Hotel gebaut wird und wie viele Arbeitsplätze damit letztendlich realisiert werden, steht in den Sternen. Mittelbare regionalwirtschaftliche Bedeutung wird das Projekt nur bedingt gewinnen können: Werden überwiegend luxemburgische oder in Luxemburg arbeitende Käufer zum Zug kommen, verbleibt ihr Steueraufkommen im „Ländchen“, und wegen des vorgesehenen Aufbaus einer eigenen Nahversorgungsstruktur auf dem Golfgelände werden auch die alten Ortslagen in Fellerich, Temmels oder Tawern kaum etwas von einem wirtschaftlichen Impuls zu spüren bekommen.

### **Bauland zum Schnäppchenpreis**

Mittlerweile sind viele landwirtschaftlich genutzte Grundstücke durch die tatkräftige Unterstützung unseres Verbandsbürgermeisters an die Investoren verkauft – Ackerland, das wegen seiner besonderen Güte dem Gelände zur Einstufung als „Vorranggebiet für die Landwirtschaft“ verhalf. Die Flächen wurden mit einer Mischkalkulation (Mittelung zwischen Bauland und Nicht-Bauland) zum Einheitskaufpreis veräußert. Verglichen mit Bauland in unmittelbarer Ortsnähe oder gar mit Bauland in Luxemburg dürften die Grundstücke für den Investor ein Schnäppchen gewesen sein. Und so etwas wurde möglich durch die wundersame Wandlung eines Freizeit- in ein Wohnprojekt ...

### **Fazit:**

1. Private wirtschaftliche Interessen gehen in der VG Konz vor öffentlichen Interessen: Gewinne sollen privatisiert, Risiken und Kosten sozialisiert werden.
2. Die Sicherheit und die Interessen der eigenen Bürger werden hinten angestellt, sobald ein finanzkräftiger Investor auftaucht.
3. Für das Privatvergnügen einzelner werden unkalkulierbare Risiken für Land- und Forstwirtschaft und den Naturhaushalt im betroffenen Bereich hingenommen.

### **Wir fordern:**

- dass das Gesamtprojekt und sein bisheriger Werdegang im Rahmen des weiteren Planungsverfahrens gründlich auf den Prüfstand gestellt, gegebenenfalls verworfen wird;
- auf Grundlage der geänderten Planungen eine neue Prüfung der Umweltverträglichkeit vorgenommen wird, die insbesondere auch die Auswirkungen des Projekts auf den Wasserhaushalt des Gebiets beinhaltet.
- die Vereinbarkeit des Projekts mit den Zielen und Grundsätzen des Landesentwicklungsprogramms und des in Aufstellung befindlichen Regionalen Raumordnungsplans überprüft wird.

*Bündnis 90/Die Grünen  
im Verbandsgemeinderat Konz*

Aufruf der Stop Bure Gruppe Trier

## Internationale Urantransporte stoppen - Atommüll verhindern, bevor er entsteht

12. Mai 2007, 12 Uhr  
Deutsch-Französische Kundgebung  
Grenzbahnhof Perl (Obermosel)

Jahrelang konzentrierte sich der Protest der Anti-Atom-Bewegung auf das Ende der Atomspirale - die CASTOR-Atommülltransporte. Es ist Zeit für einen neuen Schritt: Lasst uns den Atommüll verhindern, bevor er entsteht!

Ein günstiger Ort dafür ist der deutsch-französische Grenzbahnhof Perl-Apach im Moseltal. Alle zwei bis drei Wochen überquert hier ein Zug mit Uranhexafluorid (UF<sub>6</sub>) die Grenze. Die brisante Fracht kommt aus der südfranzösischen Atomfabrik Pierrelatte und wird ins westfälische Gronau zur Anreicherung gekarrt. Dabei ist nicht nur die Radioaktivität ein entscheidender Faktor für das Gefahrenpotential: UF<sub>6</sub> reagiert bei Kontakt mit Luft sofort zu ätzender, hochgiftiger Flusssäure - die Folgen eines Unfalls wären verheerend. Durch den Ausbau der Gronauer Urananreicherungsanlage wird der Atomverkehr in der Region mittelfristig sogar noch weiter zunehmen; Perl-Apach wird so immer mehr zu einem zentralen Umschlagplatz im deutsch-französischen Atomgeschäft.

Aber genau das wollen wir nicht hinnehmen! Stattdessen sollten wir die Chance nutzen, mit breit angelegten Protesten an der gesamten Transportstrecke - in Frankreich wie in Deutschland - das Übel an der Wurzel zu packen. Denn wo kein Uran, da keine Anreicherung - und wo keine Anreicherung, da keine Brennstäbe zum Betrieb von Atomkraftwerken! Deshalb werden am 12.5. um 12 Uhr am Grenzbahnhof Perl Anti-Atom-Initiativen aus Frankreich, Nordrhein-Westfalen und Südwestdeutschland auf einer gemeinsamen Kundgebung gegen den atomaren Alltag in der Region protestieren (das AKW Cattenom liegt in Sichtweite)!

**Keine Renaissance der Atomkraft -  
Stopp der Urananreicherung weltweit!**

Kontakt: [mail@markus-pflueger.de](mailto:mail@markus-pflueger.de)  
Internet: [www.urantransport.de](http://www.urantransport.de)

## Einladung zur Exkursion

Unser Ortsverband Konz wird wieder eine Exkursion organisieren. Diesmal sind das ökologisch betriebene Demeter-Hofgut Breit und die Passivhäuser des Dipl. Architekten Binz in Wittlich das Reiseziel am

Samstag, 2. Juni 2007



Treffpunkt ist entweder 10.00 Uhr in der Bahnhofstraße am Bahnhof Konz oder 10.30 Uhr am Hauptbahnhof Trier (gegenüber der Hauptpost).

Die Teilnahme ist kostenlos. Spenden wären allerdings erfreulich. Außerdem **ist eine Anmeldung erforderlich** unter:

Sascha Gottschalk, Brunostr. 82, 54329 Konz,  
[info@gruene-konz.de](mailto:info@gruene-konz.de) oder Fax 0651/76790

**Die Treverer**  
Grüner Rundbrief für Trier und Trier-Saarburg

**HerausgeberIn:**

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Kreisverband Trier-Saarburg  
Am Palastgarten 6, D-54290 TRIER  
Tel. 0651/48707, Fax 0651/76790  
E-mail: [info@gruene-trier-saarburg.de](mailto:info@gruene-trier-saarburg.de)  
Internet: [www.gruene-trier-saarburg.de](http://www.gruene-trier-saarburg.de)

**Bankverbindung:**

Konto 880 666  
Sparkasse Trier, BLZ 585 501 30

**Mitarbeit an dieser Ausgabe:**

Wolfgang Hertel, Heide von Schütz, Michael Rahe,  
Sabina Quijano, Sigrun F. Priemer, Dominik Heinrich,  
Ewald Adams

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Montag, Mittwoch, Freitag, 15 bis 19 Uhr